

27. November 2015

## **Bundesvereinigung gegen Fluglärm begrüßt Bundesratsinitiative der Bundesländer Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen**

In der heutigen Bundesratssitzung bringen die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen einen Gesetzentwurf zum besseren Schutz gegen Fluglärm ein. Dazu erklärt **Helmut Breidenbach**, Vorsitzender der Bundesvereinigung gegen Fluglärm:

„Die Bundesvereinigung gegen Fluglärm unterstützt den Gesetzentwurf. Besonders positiv ist der Ansatz, dass erstmalig eine generelle Pflicht zur Fluglärmreduzierung eingeführt werden soll und nicht lediglich auf die Vermeidung von unzumutbarem Fluglärm hingewirkt werden muss. Dadurch werden die Luftverkehrsbehörden zu einem stärkeren Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm auch außerhalb des Nahbereichs von Flughäfen verpflichtet.

Bei der Festlegung von Flugrouten sollte dem Lärmschutz damit endlich eine höhere Priorität als den wirtschaftlichen Interessen eingeräumt werden. Möglichkeiten des aktiven Schallschutzes müssen so weit wie möglich identifiziert und umgesetzt werden.

Es wird auch endlich Zeit, das derzeitige intransparente und undemokratische Verfahren bei der Flugroutenfestlegung zu ändern. Das im Gesetzentwurf geforderte angemessene Verfahren zur Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung muss mit einer Stärkung der Fluglärmkommissionen verbunden sein.“